

Hallo,

vielen Dank für die Fragen.

Vorweg möchte ich ein paar allgemeinere Dinge sagen:

Als Pirat stehe ich für eine ehrliche Politik. Ich halte es für falsch, Forderungen aufzustellen, ohne die genauen Hintergründe und Fakten zu kennen. Eckert & Ziegler ist ein wichtiges Thema für Braunschweig. Aber auch ein sehr umfangreiches, bei dem die Transparenz über die Informationen und Vorgänge leider immer wieder zu Wünschen überlässt.

Kommentar der BISS: Genau diese Intransparenz haben wir immer wieder kritisiert, und wir haben sie unter Zuhilfenahme öffentlich zugänglicher Quellen (NLWKN-Prüfberichte etc.) zu beseitigen versucht. Wir informieren regelmäßig, sobald uns neue Erkenntnisse vorliegen. Es bleibt unklar, ob Frau Möller unsere Veröffentlichungen nicht zur Kenntnis genommen hat oder ob sie lediglich die intransparente Firmenpolitik kritisiert. In jedem Fall können wir aber wohl von einem möglicherweise zukünftigen Braunschweiger Abgeordneten erwarten, dass er bzw. sie sich bei einem Thema dieser Größenordnung die „genauen Hintergründe und Fakten“ erarbeitet.

1) Was konkret werden Sie in Zukunft bezüglich der geplanten Erweiterung der Atommüllverarbeitung bei Eckert & Ziegler in Braunschweig unternehmen?

Dies betrifft neben der kommunalen Ebene auch den Landtag. Wichtiger Schritt sind die Herstellung der notwendigen Transparenz zum Thema Eckert & Ziegler, sowie die Aufklärung über die Zuständigkeiten und eine hierauf folgende Zusammenarbeit der Stellen und Ebenen. Für mich steht außer Frage, dass eine Erweiterung der Firmengeländes oder der Genehmigung nicht akzeptabel ist.

Kommentar der BISS: Abgesehen vom letzten Satz bewegt sich diese Antwort im Allgemeinen. Die Zuständigkeiten sind bereits geklärt (z.B. Zuständigkeit des Landes bei atomrechtlichen Fragen); möglicherweise ist hier gemeint, man müsse klären, wer genau welche Genehmigungen erteilt hat. Die eindeutige Position gegen eine Erweiterung entspricht unserer Minimalforderung.

2) Was konkret werden Sie in Zukunft bezüglich der für Eckert & Ziegler erteilten ? und mittlerweile als exorbitant hoch bekannten - Genehmigungen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen unternehmen?

Allgemein ist es wichtig aus solchen Fällen zu lernen und zukünftige Genehmigungen in Niedersachsen besser und regelmäßig zu prüfen. Ebenfalls müssen betroffene Bürger bereits im Vorfeld informiert und gehört werden. Sie müssen aktiv in den Prozess integriert werden.

Auflagen müssen so gestaltet sein, dass nur der wirklich notwendige Bedarf genehmigt werden. Dies muss ebenfalls regelmäßig überprüft und auch korrigiert werden.

Natürlich ist dies für bereits ausgestellte Genehmigungen nicht so einfach. Hier bin ich aber auch durchaus für andere Lösungen offen, wie z.B. das Umsiedeln von Eckert & Ziegler. Hierfür sollte das Land auch entsprechende Mittel zur Verfügung stellen, soweit dies notwendig ist.

Kommentar der BISS: Wir begrüßen es, dass aus unserer Situation für die Zukunft gelernt werden soll. Auch die Orientierung in Richtung Bürgerbeteiligung betrachten wir als wünschenswert. Die Äußerung zur Änderung bestehender Genehmigungen zeugt allerdings nicht von festem Willen, der Angelegenheit nachzugehen. Dieser leicht zögerlichen Haltung entspricht es auch, dass zwar die Umsiedlung in Betracht gezogen wird, dass aber andererseits das Land diese Maßnahme nur „soweit [...] notwendig“ (mit-)finanzieren soll. Frau Möller zeigt sich für unserer Forderungen offen, lässt aber (noch?) den notwendigen Biss vermissen.

Sollte es noch Rückfragen geben, stehe ich natürlich gerne jederzeit zur Verfügung.

Ansonsten wünsche ich frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Mit freundlichen Grüßen,

Mia Sophie Möller